

**Beschlussempfehlung mit Stellungnahmen  
zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes – Einfügung von  
Artikel 75 (Einführung bundesweiter Volksabstimmungen)**

**Drucksache JuP-16/7**

**Die Seiten 1 und 2 (Beschlussempfehlung) enthalten das Arbeitsergebnis des Innenausschusses.**

Sofern Änderungen am Text des Gesetzes empfohlen werden, sind diese auf der Seite 2 so einzutragen, dass eine Zuordnung zum ursprünglichen Gesetzestext eindeutig ist.

In der rechten Spalte ist je nach Zusammenhang zu vermerken:

- unverändert
- entfällt
- wird wie folgt geändert: .....
- neu eingefügt: .....

**Die Seite 3 enthält die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses.**

Seite 3 wird ausgefüllt vom Rechtsausschuss.

Der Bericht soll in prägnanter Form zum Ausdruck bringen, was der mitberatende Ausschuss dem federführenden Ausschuss mitzuteilen hat. Der Bericht kann enthalten:

- allgemein gehaltene Hinweise auf wichtige Aspekte, die bei der Abfassung der Beschlussempfehlung Berücksichtigung finden müssen
- Hintergrundinformationen und kurze Erläuterungen von Zusammenhängen, die dem federführenden Ausschuss so möglicherweise nicht bekannt sind.

**Beschlussempfehlung  
des Innenausschusses**

**zum Entwurf der Fraktion der ÖSP  
- Drucksache JuP-16/3 -**

**Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes – Einfügung von Artikel 75  
(Einführung bundesweiter Volksabstimmungen)**

**Beschlussempfehlung**

Das Parlament wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache JuP-16/3 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Berlin, den 19. Mai 2016

**Der Innenausschuss**

**Vorname Name**

Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

\_\_\_\_\_

**Vorname Name**

Stellv. Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

\_\_\_\_\_

**Zusammenstellung****„Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes – Einfügung von Artikel 75 (Einführung bundesweiter Volksabstimmungen)“**

- Drucksache JuP-16/3 -

mit den Beschlüssen des Innenausschusses

**Entwurf****Beschlüsse des Innenausschusses****Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes – Einfügung von Artikel 75 (Einführung bundesweiter Volksabstimmungen)****Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes – Einfügung von Artikel 75 (Einführung bundesweiter Volksabstimmungen)**

§ 1 Dem Grundgesetz wird ein neuer Artikel 75 folgenden Wortlauts eingefügt:  
Art. 75 [Volksabstimmungen]

- (1) (Satz 1) 400.000 Wahlberechtigte können beim Bundestag eine mit Gründen versehene Volksinitiative einbringen.  
(Satz 2) Die Vertrauensleute der **Volksinitiative** haben das Recht auf Anhörung.  
(Satz 3) Unzulässig sind Volksinitiativen, die die Todesstrafe wieder einführen wollen.
- (2) Kommt innerhalb von 8 Monaten das beantragte Gesetz nicht zustande, kann ein **Volksbegehren** durchgeführt werden, wenn 5 % der Wahlberechtigten sich für dieses binnen 6 Monaten bei den Meldestellen eintragen lassen.
- (3) (Satz 1) Ist das Volksbegehren zustande gekommen, findet innerhalb von sechs Monaten ein **Volksentscheid** statt.  
(Satz 2) Der Bundestag kann einen alternativen Gesetzentwurf mit zur Abstimmung stellen.  
(Satz 3) Ein Gesetz ist beschlossen, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zustimmt, sofern sich mindestens 20% der Berechtigten an der Abstimmung beteiligt haben.  
(Satz 4) Ein verfassungsänderndes Gesetz ist beschlossen, wenn zwei Drittel der Abstimmenden zustimmen, sofern sich mindestens 40% der Berechtigten beteiligt haben.

## **Stellungnahme des Rechtsausschusses an den Innenausschuss**

**Der Rechtsausschuss hat den auf Drucksache JuP-16/3 vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes – Einfügung von Artikel 75 (Einführung bundesweiter Volksabstimmungen) beraten und ist zum folgenden Ergebnis gekommen:**

Berlin, den 19. Mai 2016

### **Der Rechtsausschuss**

**Vorname, Name**

Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

---

**Vorname, Name**

Stellv. Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

---